

Die Zeit, da Geld allein die Wunden heilte, ist vorbei

Lange geredet, nichts getan: Der Lehrermangel ist da. Wie kann es jetzt weitergehen an den Schulen?

Kaum hatte die Expertenkommission der Kultusministerkonferenz Ende Januar ihre Empfehlungen zur Behebung des Lehrermangels vorgestellt, kaum hatten die Gewerkschaften die zum Teil einschneidenden Vorschläge als verfehlt zurückgewiesen, kam es, wie es kommen musste im Bildungsföderalismus: Jedes Bundesland pickte sich aus dem Maßnahmenstrauß der Wissenschaftler heraus, was ihm passte.

In Höchstgeschwindigkeit stellte sich Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsministerin auf die Seite der Lehrer, von denen in dem Bundesland besonders viele fehlen. Simone Oldenburg (Die Linke) versprach, dass es keine Mehrarbeit geben werde, und warb zuletzt sogar mit einer Verbesserung bei den Altersrechnungsstunden. Bayern hatte sich schon Wochen zuvor unverhohlen im Abwerbmodus präsentiert. Markus Söder machte es zur Chefsache, für die 6000 neuen Lehrerstellen, die das Land in den kommenden Jahren benötigt, mit Gehaltsanreizen zu werben, womit er eine alte Vereinbarung innerhalb der Kultusministerkonferenz aufkündigte, der zufolge jedes Land seine eigenen Lehrer ausbildet und nicht aktiv in fremden Jagdgründen wildert. Bremen forderte schon einen Staatsvertrag, um derlei Konkurrenzverhalten zu regulieren.

Über die Streichung des Sabbatjahrs für Lehrer denken jetzt fast alle Bundesländer nach. Auch werden, soweit es der Arbeitsmarkt zulässt, überall Assistenten mit unterschiedlicher Berufsbezeichnung eingestellt, um die Lehrer von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, aber auch, um sie im Unterricht zu unterstützen. Härter ist die Gangart in Sachsen-Anhalt, das schon seit Jahresbeginn im Clinch mit den Verbänden liegt und in dieser Woche im Landtag beschloss, seine Lehrer von April an eine Stunde mehr arbeiten zu lassen. Derweil geht das Land an ausgewählten Schulen dem „4:1“-Experiment nach, das offenbar einer Art von Geheimhaltung unterliegt: Entsprechende Anfragen werden nicht beantwortet, erklärt wird lediglich, dass sich hinter dem Programm keinesfalls eine Vier-Tage-Woche für Schüler verberge.

Die nämlich hatte die „Heute Show“ aus satirischen Gründen in das Projekt hineininterpretiert und es fälschlicherweise dem Land Sachsen (ohne Anhalt) zugeschrieben, welches darauf prompt mit einer Gegenreaktion reagierte, das ZDF musste sich entschuldigen. Leicht kann man beim Thema „Schule“ derzeit für Konfusion sorgen; nichts fürchten die Länder momentan so sehr, wie den Eindruck zu erwecken, durch den Lehrermangel könnten nicht nur einzelne Stunden, sondern ganze Tage ausfallen. Und so wurde auch die Grundschule im niedersächsischen Wiefelstede umgehend zurückgepfiffen, die wegen eines Versorgungsengpasses kurzerhand tatsächlich eine Vier-Tage-Woche ausgerufen hatte.

Gerade Lehrerinnen werden übel unter Druck gesetzt

Doch wer meint, die Wählerschaft mit Zwangsmaßnahmen gegen Lehrer in Gerhard-Schröder-Manier („faule Säcke“) auf seine Seite zu bringen, wurde jüngst durch eine Forsa-Umfrage im Auftrag des Magazins „Stern“ eines Besseren belehrt. Sie ergab, dass 61 Prozent der Bürger eine Ausweitung der Unterrichtsverpflichtung für die meisten Lehrer als zu große Belastung bewerten. Nur 34 Prozent hielten eine Erhöhung der Stundenzahl für verkraftbar, darunter auffällig viele Wähler der FDP.

Wie richtig die Bürger mit ihrer Skepsis gegenüber verschärfenden Maßnahmen liegen, zeigt auch ein Gespräch mit dem Bildungsforscher Klaus Klemm, der als Erster vor dem aktuellen Lehrermangel gewarnt hat – schon vor fünf Jahren legte er ein warnendes Gutachten für die Bertelsmann-Stiftung vor. Nun hat Klemm die einzelnen Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) durchgerechnet und sagt, dass die meisten von ihnen, und mögen sie wegen ihrer Härte noch so große Erwartungen wecken, die falschen Impulse setzten und wohl größtenteils verpuffen werden (das vollständige Interview finden Sie unter faz.net/klemm).

Klemm findet es „übel“, dass die SWK in ihren Empfehlungen den Eindruck erwecke, es gebe bei den Lehrern ein besonderes Teilzeitprivileg, das es nun zu beschneiden gelte. Denn dass die Teilzeitquote unter Lehrern 47 Prozent ausmache – im Vergleich zu den 29 Prozent bei allen abhängig Beschäftigten –, liege schlicht daran, dass 70 Prozent von ihnen Frauen sind, bei denen die Teilzeitquote deutlich höher angesiedelt ist als bei Männern. Vergleicht man

hingegen die Teilzeitquote bei Lehrerinnen mit jener der übrigen abhängig beschäftigten Frauen, so liegt Letztere sogar einen Prozentpunkt höher. Die Präsentation der Zahlen durch die Expertenkommission setzt also gerade Lehrerinnen unter unsachlich erzeugten Druck.

Darüber hinaus ist der Unterschied zwischen Teil- und Vollzeitstellen an den Schulen längst nicht so groß, wie man erwarten könnte. Tatsächlich geben Lehrer in Vollzeit – hauptsächlich wegen Ermäßigungsstunden für Tätigkeiten jenseits des Unterrichts – monatlich im Durchschnitt nur 21 Unterrichtsstunden, der Durchschnitt bei den Teilzeitlehrern liegt bei mehr als 16. Zu diesem Ergebnis kommt Klemm nach Auswertung von Daten des Statistischen Bundesamtes.

Für aussichtsreicher hält Klemm das Modell der sogenannten Vorgriffsstunden. Dabei leihen Lehrer über einen bestimmten Zeitraum hinweg ihrem Bundesland ein Plus an Wochenstunden, das ihnen auf einem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben und später in Form von Altersteilzeit oder anderweitig zurückgegeben wird. Hybridunterricht hält Klemm für eine denkbare Lösung, dieser bedürfe jedoch einer guten Vorbereitung.

Korrekturen früherer Versäumnisse brauchen Zeit und Kreativität

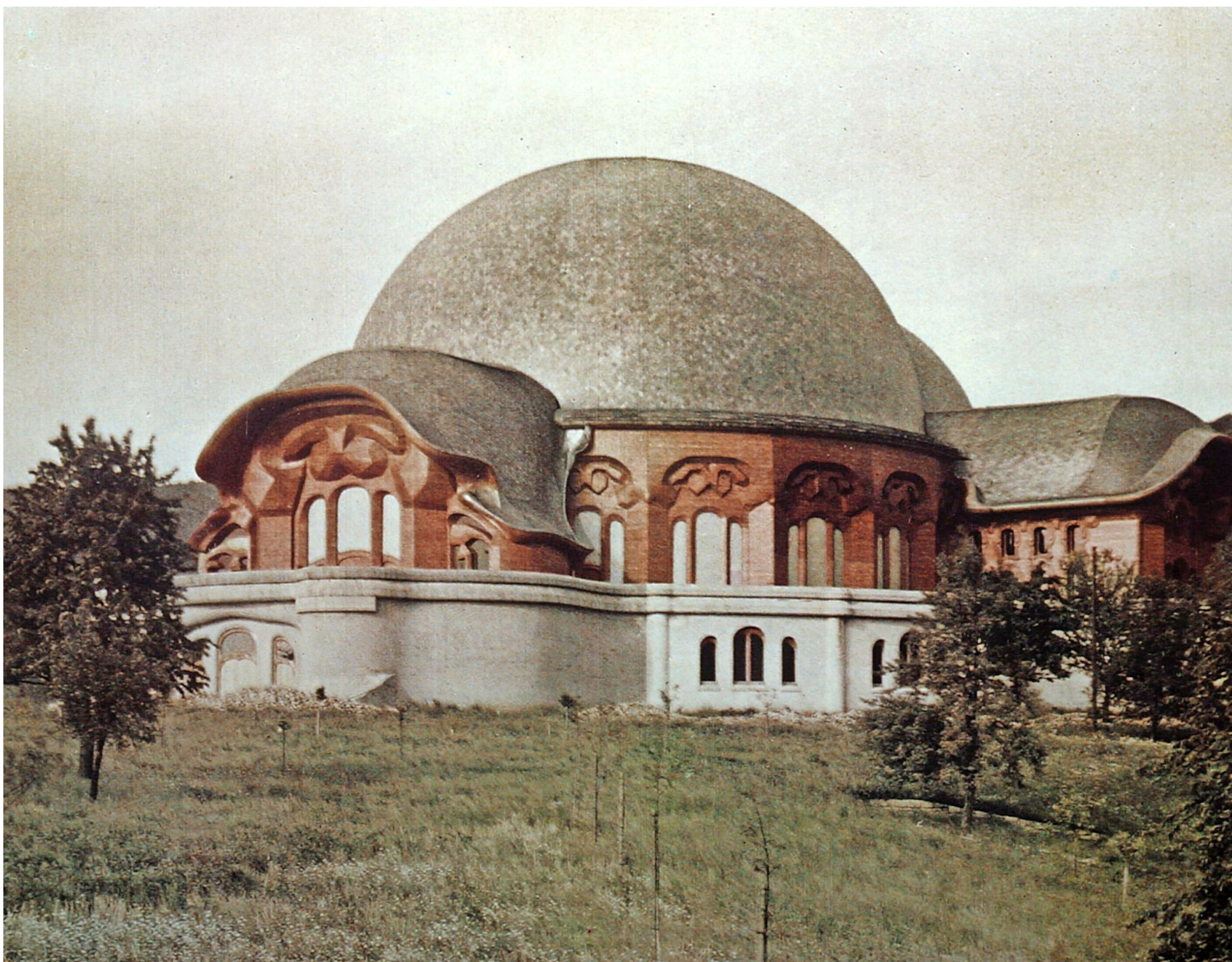
Mehr digitale Impulse wünschen sich auch die Schulleiter in der vor wenigen Tagen veröffentlichten Cornelsen-Studie – sowohl im Unterricht als auch in der Weiterbildung und der Verwaltung. Das Auslaufen des „Digitalpakt Schule“ im Jahr 2024 grämt sie schon jetzt. Das mit Abstand wichtigste Thema für die Schulleiter aber ist natürlich die Personalgewinnung, und diese wird in Zukunft dadurch nicht leichter, dass so personalintensive Herausforderungen wie das von der Bundesregierung initiierte Startchancenprogramm für sozial benachteiligte Jugendliche und der verlässliche Ganztags bis 2026 hinzu-kommen.

An Geld mangelt es dabei nicht. Das Startchancenprogramm, zentrales Bildungsprojekt der Ampel, wird wohl, so Jens Brandenburg, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Gespräch mit der F.A.Z., mit bis zu einer Milliarde Euro jährlich vom Bund unterstützt. Der Betrag entspräche damit der Bildungsmilliarde, die der Bundesfinanzminister beim Dreikönigstreffen angekündigt hatte. Über den finanziellen Anteil der Länder an dem Programm wird derzeit noch ebenso verhandelt wie über den Modus der Mittelverteilung. Der nach Bevölkerungszahl und Steueraufkommen gehende Königsteiner Schlüssel erscheint dem BMBF bei einem auf zehn Jahre angelegten Programm für Bildungsgerechtigkeit unpassend, favorisiert wird ein Sozialindex.

Im Jahr 2023 soll das Programm, das auf drei Säulen ruht – Schulbau, Personal, Chancenbudget –, zunächst vorbereitet werden. Beginnen wird es im Schuljahr 2024/25 an 4000 Schulen, ein ehrgeiziges Unterfangen. Wobei die Idee eines Investitionsprogramms für benachteiligte Schüler nicht neu ist. In Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder Berlin wird sie in kleinem Maßstab schon verwirklicht, und auch das soeben angelaufene Bund-Länder-Programm „Schule macht stark“ wird deutschlandweit bereits 200 Schulen „in schwierigen Lagen“ fördern.

Die Anschlussfähigkeit für das Startchancenprogramm ist gegeben, wie erfolgreich es sein wird, hängt davon ab, welche Personalressourcen erschlossen werden und welchen Zuschnitt es im Einzelfall erhält. Der Bund wird das Programm vor allem bildungswissenschaftlich begleiten und auf regelmäßige Evaluation dringen, doch große Qualitätsunterschiede werden unvermeidbar sein.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, wie schwierig es ist, eine Schulpolitik zu korrigieren, der die Lehrer ausgegangen sind. Damit es nicht noch schlimmer wird, müssten eigentlich überall im Land auf Hochtouren neue Ressourcen erschlossen werden – ohne die Bestandslehrer zu verprellen. Doch anstatt Zusammenspiel, Abstimmung und Beratung zu stärken, herrschen in der Schulverwaltung aufgesetzte Strenge und Anflüge von Verzweiflung vor. Wohl auch, weil man feststellen musste: Mit Geld allein stopft man kurzfristig keine Versorgungslücken mehr. Es sieht so aus, als müsste die Schulpolitik endlich selbst entwickeln, was sie bislang immer bei anderen zu fördern versprochen hatte – Kreativität und Lösungskompetenz. Eines ist jedenfalls sicher: Die Zukunft der Bildung wird nicht mehr am Schreibtisch entschieden. UWE EBBINGHAUS



Der Vatikan der Anthroposophie: Das erste Goetheanum auf dem Bluthügel, das in der Silvesternacht 1922 durch Brandstiftung zerstört wurde.

Foto Picture Alliance

Tod und Inkarnation in Dornach

Schicksalhafte Gleichzeitigkeit:
Während in Dornach bei Basel von 1914
an die Schmelzöfen Tag und Nacht loderten und
damit auf Europas Schlachtfeldern
den Krieg verlängerten, schuf Rudolf Steiner
dort seinen anthroposophischen Weltkonzern.

Von Patrick Tschan

Fleisches, sondern hatte die Gewissheit, dass die im Jahr 1499 Getöteten in neuen Inkarnationen längst wieder unter den Lebenden wandelten.

Die Ermitage, ein mystischer Ort, immer wieder mit der Gralsburg und Parzival in Verbindung gebracht, war kaum einen Steinwurf entfernt. Rudolf Steiner muss es als Offenbarung erschienen sein, so, als hätte sich die gesamte Engelschar wie auch alle Erd-, Luft- und sonstigen mystischen und mythischen Geister hier versammelt, um ihm den Dornacher „Bluthügel“ zu Füßen zu legen. Und dies erst noch frei von störenden Baugesetzen und -vorschriften.

Steiner entschied rasch: Die Grundsteinlegung erfolgte am 20. September 1913, am 1. April 1914 feierten 600 Arbeiter bereits das Richtfest des Holzbau mit Doppelkuppel. Da Arbeiter Mangelware waren, warb sie Steiner kurzerhand der Metallwarenfabrik unten im Tal ab. Diese musste 1914 die Aktionärsdividende von sechs auf vier Prozent senken, da „der Johannestempel in Dornach viel höheren Lohn an die Arbeiter offeriert und bezahlt haben, so dass im Geschäftsjahr ca. 200 Arbeiter im Metallwerk austraten und durch ungelernete Arbeiter ersetzt werden mussten“. Eine ungemütliche Situation, wollte man doch bereit sein, sollten sich die Gerüchte bestätigen, dass den Kriegsparteien an der Marne die Munition ausginge.

Kurz nach Kriegsbeginn im August 1914 hatte Frankreich schweizerische Offerten für Munitionsbestandteile noch dankend abgelehnt. Anfang 1915 kamen sie reumütig auf die angebotenen Dienste zurück. Das war der Startschuss für einen nie da gewesenen Wachstumsschub der Schweizer Metall- und Uhrenindustrie: Millionenfach wurden Zünder und andere Munitionsbestandteile hergestellt, die hauptsächlich an die Entente, deklariert als „Abgedrehte Kupferwaren“, geliefert wurden. So verunfachte sich die Menge des verarbeiteten Metalls der Metallwerke Dornach zwischen 1914 und 1917 von 2350 Tonnen auf 12.800 Tonnen. Die Zahl der Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum von 310 auf rund 1000 Personen.

Im Rekordjahr 1917 verteilten Verwaltungsrat und Direktion der Metallwerke den Rekordgewinn von knapp 2,3 Millionen Schweizer Franken wie folgt: Nebst der ordentlichen Dividende von sechs Prozent (180.000 Franken) gab es eine vierzehnprozentige „Superdividende“

(420.000) fürs Aktionariat sowie „Tantiemen und Gratifikationen“ (470.000) für Direktion und Belegschaft; insgesamt 1,07 Millionen Franken, was nach heutiger Kaufkraft rund 90 Millionen Euro entspricht. Der „Fürsorge von Arbeitern und Beamten“ wurde 300.000 Franken überwiesen. Der Widerhall des Stahlgezwitters fiel als warmer Goldregen über die Fabrikherren in Dornach nieder.

Während in den Metallwerken die Schmelzöfen vierundzwanzig Stunden am Tag loderten, um den Tod auf den Schlachtfeldern Europas am Leben zu erhalten, arbeiteten gleichzeitig auf dem Hügel akademische Maler, Plastiker und Holzschnitzer in den Sälen des gigantischen Doppelkuppelbaus (der Radius der großen Kuppel in der Höhe von 27 Meter betrug sieben Meter, die der kleinen Kuppel 12,4 Meter), um Rudolf Steiners Geisteswelt dort Gestalt zu verleihen. Der Bau sollte gleichzeitig Bühne für seine „Mysteriendramen“, Vortrags- und Versammlungsort sowie Sitz der anthroposophischen Gesellschaft sein.

Insgesamt waren Kunsthandwerker aus sechzehn Nationen in den Ateliers zugegen. Der bedauerenswerte Gemeindegänger von Dornach war derart überfordert mit den fremdländischen Namen und den eigenartigen Berufsbezeichnungen der „Tempelarbeiter“, dass er unisono „Künstler“ oder „Künstlerin“ in die entsprechenden Spalte der Meldebücher eintrug. Während unweit von Dornach der Weltkrieg tobte, gingen in dem kleinen Ort Wissenschaftler, Philosophen, Suchende, Reforme und erste Eurythmie-Tänzerinnen ein und aus, um sich im steinernen Universum zu verankern oder zu verflüchtigen.

Im Speisesaal aufliegende Tageszeitungen aus den Heimatländern versorgten Arbeiter und „Künstler“ mit Nachrichten von der Kriegsfrente und den innenpolitischen Geschehnissen zu Hause. Man kann sich vorstellen, dass es, je nach Meldung, zu Auseinandersetzungen unter den Landsleuten unterschiedlicher Herkunft kam. Die Einsicht in das Glück, sich nicht gegenseitig in den Schützengräben abknallen zu müssen, ließ die Streitähne aber mehrheitlich friedlich Seite an Seite weiterarbeiten. Schließlich mussten Säle und Bühne für Steiners „Mysteriendramen“ fertig werden.

In diesem vierteiligen Epos kämpfen Ahriman und Luzifer um ein Grüppchen Menschen, das sich unter der Führung eines Eingeweihten – wohl Steiner selbst – aufmacht, in die Untiefen der Reinkarnation, vom Mittelalter bis in ägyptische Zeit

zurück, hinabzusteigen, um ein höheres Geistesleben zu erlangen. Die Welt war im Tal, die Anderswelt auf dem Hügel. Derweil die 600 Beschäftigten auf dem „Bluthügel“ das „Rom der Anthroposophie“ erschufen, produzierten im Tal die rund tausend Arbeiter, Arbeiterinnen und Kinder Nöpfe, Aufschlags-, Zeit- und Präzisionszylinder im Schichtbetrieb.

Wenn sie nach zwölf Stunden harter Maloche zum Hügel hinaufschauten, dürfte manchen Steiners majestätischer Doppelkuppelbau als Verheißung eines besseren Lebens erschienen sein, auch wenn die Pfarrer der Umgebung sonntags von der Kanzel herab gegen die anthroposophische Teufelei wetterten.

Leider war die Verheißung eines höheren Geisteslebens, wie so vieles in dieser Welt, ziemlich ausschließlich den Reichen vorbehalten. Die Gießer und Dreher in der Metallfabrik konnten sich einen Aufbruch in neue Sphären nicht leisten. Sie hatten Mäuler zu stopfen.

Der Dornacher Bevölkerung dürfte kaum bewusst gewesen sein, dass in ihrem Dorf unverhofft die gewaltigen Kräfte, die zur europäischen Katastrophe führten, aufeinandergetroffen waren: Industrialisierung und Verkehr, Innovation in Technik und Medizin, neue Ideologien und religiöse Konzepte im Widerstreit mit maroden politischen Systemen, deren Herrschaftsanspruch noch auf dem mittelalterlichen Feudalprinzip fußte, im Verbund mit den Kirchen, deren einziges Gebot es war, die göttliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Unten im Tal zischte, dampfte und hämmerte Tag und Nacht der unverzichtbare Zulieferer einer gigantischen Vernichtungsindustrie, oben auf dem Hügel nistete in seinem Brutkasten ein künftiger esoterischer Weltkonzern mit Universität, Schulen, Landwirtschaftsbetrieben, Spitälern, Banken, Arznei- und Kosmetikbetrieben für eine bessere Welt.

Die beiden so gegensätzlichen Dornacher Unternehmen blühten und gediehen bestens, auch nach dem Friedensschluss von Versailles; und richtig Schwung nahmen die Geschäfte noch einmal 1939 bis 1945 auf, als die Welt ein weiteres Mal unersättlichen Bedarf nach Zündern, Bomben und Heilsversprechungen aus Dornach hatte.

Als dann das große Schlachten in Europa vorbei war, mussten die Metallwerke Dornach diversifizieren. Sie stellten nun nebst Munitionsbestandteilen auch Leitern, Rohlinge für Münzen sowie Bleche für Blasinstrumente und Schlagzeugbecken her. Trotzdem war der Niedergang gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts nicht aufzuhalten. Eine Werkhalle um die andere wurde geschlossen. Die letzten Arbeiter werden dem Standort Dornach 2026 verlassen. Im gleichen Jahr wird das Goetheanum Steiners „Mysteriendramen“ aufführen.

Patrick Tschan lebt als Schriftsteller in Dornach und leitet in einem stillgelegten Teil der Metallwerke den Kulturraum wydeKANTINE. Zuletzt veröffentlichte er 2022 den Roman „Schmelzwasser“ (Braumüller Verlag).